informextra
newsletter.

ERFURT, 14. FEBRUAR 2018

FRAKTION THÜRINGER LANDTAG SPD

UNSERE ABGEORDNETEN BEIM SPD-BUNDESPARTEITAG

Beim Parteitag am 21. Januar haben sich die Sozialdemokraten für die Aufnahme der Verhandlungen für eine Große Koalition mit CDU/CSU entschieden. Die Delegierten für die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag Diana Lehmann und Dorothea Marx äußerten sich im Anschluss an die Debatten positiv über deren sachliche Führung. „Die Stimmung deutete durchaus auf die besondere Relevanz dieser Entscheidung hin. Natürlich sind die Redebeiträge dann auch nicht frei von Emotionen. Einig waren sich alle – egal ob Befürworter oder Gegner der GroKo – dass die Rede vom Juso-Bundesvorsitzenden Kevin Kühnert sehr gut war", so Diana Lehmann.

VALENTINA KERST NEUE WIRTSCHAFTSSTAATSSEKRETÄRIN

Die neue Wirtschaftsstaatssekretärin Valentina Kerst hat sich während der Winterklausur in Eyba der SPD-Fraktion vorgestellt. Die 38-Jährige aus Nordrhein-Westfalen wird für die Themenfelder Digitalisierung sowie Tourismus zuständig sein und wurde von Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee akquiriert. Mit ihrer Hilfe soll die Digitalisierungsstrategie für den Freistaat, die das Ministerium verfolgt, weiter vorangetrieben werden. Dafür bringt Kerst eine breite Expertise mit: Sie unterstützt Unternehmen, Öffentliche Einrichtungen und Kommunen in den Themenfeldern Digitalstrategie, Digitalbildung und Digitalagentur. Darüber hinaus berät sie als Mitglied des Beirates „Junge digitale Wirtschaft" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Bundesministerin Brigitte Zypries.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Eleonore Mühlbauer: „Ich freue mich, dass mit Valentina Kerst eine echte Digitalexpertin und erfolgreiche Unternehmerin für Thüringen gewonnen werden konnte. Ihre Erfahrungen als Beraterin der Bundesregierung in Fragen der Informations- und Kommunikationswirtschaft sowie ihr Know-how als Initiatorin und Gründerin einer Vielzahl digitaler Initiativen macht sie zu einer idealen Besetzung für diese Position." Auch die netzpolitische Sprecherin Dorothea Marx freut sich auf die Zusammenarbeit.

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Zeilen tippe ich mit frischen Eindrücken von unserer jährlichen Winterklausur im wunderschönen Eyba. (Falls Eyba noch unbekannt sein sollte – das Schloss Schwarzburg wie auch das Schloss Eyba selbst sind eine Reise wert!)

Auf unserer Klausurtagung hat sich die SPD-Fraktion von jedem Arbeitsbereich auf den neuesten Stand bringen lassen und gemeinsam mit unseren Vertretern in der Landesregierung, den Ministern und Staatssekretären zu verschiedenen Themen ausgetauscht. Inmitten dessen erreichte uns die Nachricht aus Sachsen, der Freistaat führt jetzt ein Azubi-Ticket ein. Und Thüringen? Seit Beginn der Legislaturperiode arbeiten wir daran, dass es auch eine Thüringer Variante gibt. Aber bis zum heutigen Tag konnte das dafür zuständige Infrastrukturministerium entscheidende Hürden auf dem Weg zu einem Azubi-Ticket nicht wegräumen. Sachsen bringt jetzt neuen Schwung in die Diskussion – und auch wir werden uns mit Vehemenz dahinter klemmen – und die Ministerin in unsere Fraktion einladen, um die Konfliktlinien auszuräumen.

Frischen Wind bringt auch die neue Wirtschaftsstaatssekretärin Valentina Kerst, die sich und ihre Vorstellungen für Thüringen den Abgeordneten vorgestellt hat. Wir sind stolz eine so qualifizierte, junge Expertin gewonnen zu haben.

Mit frischem Wind und frischen Eindrücken wünsche ich Ihnen alles Gute und auf ein erfolgreiches 2018.

Ihr Matthias Hey

„ENQUETEKOMMISSION HAT DIE CHANCE ZU HANDELN“

Interview mit Britta Schellenberg, Sachverständige der Enquetekommission „Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ für die SPD-Fraktion in Thüringen

Sie lehren als Dozentin zum Thema Rechtsextremismus und staatlichem Problemhandeln. Was kann aus Ihrer Sicht eine Enquetekommission in einem Landtag bewirken, was Forschung und Lehre nicht kann?

Der Wissenschaft geht es darum Probleme zu verstehen, zu beschreiben und zu erklären. In meiner Forschung und Lehre beschäftige ich mich mit Fragen wie: Warum wurde der rassistische Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ nicht als solcher erkannt? Warum wurden die migrantischen Opfer und ihre Familien verdächtigt kriminell zu sein?

Und auch, was führt zu fehlerhaften Ergebnissen in der staatlichen Analyse? Warum wird Rassismus als Tatmotiv häufig nicht festgestellt?

Die Enquetekommission hat die Chance Probleme nicht nur zu benennen, sondern sie auch nachhaltig anzugehen. Ziel ist es, Lösungen zu entwickeln und Maßnahmen zu empfehlen, die dann ganz konkret in die politische Praxis umgesetzt werden.

Wissenschaft kann Probleme in der Praxis nicht lösen. Sie kann aber Hinweise geben, welche Lösungsansätze vielversprechender und welche ungünstiger sind.

Zur Jahresmitte hat die Enquetekommission in Thüringen ihre Arbeit aufgenommen. Beschlossen hatte der Thüringer Landtag bereits zum Ende des vergangenen Jahres, dass Experten und Parlamentarier gemeinsam herausfinden sollen, wie Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft entsteht und was man dem politisch entgegen setzen kann. Eine der Expertinnen ist **Britta Schellenberg**, Politikwissenschaftlerin an der LMU München.

Die Vorgehensweise der Kommission ist eine recht wissenschaftliche. Bisher gab es eine konstituierende Sitzung, anschließend haben die Experten Handlungs- und Problemfelder abgesteckt. Welches Zwischenfazit ziehen Sie?

Die Arbeit ist ernsthaft und zielstrebig. Die Mitglieder bringen viel Geduld und Zeit auf, um Erfahrungen und Kenntnisse zum Themenfeld „Rassismus und Diskriminierung“ aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zu erschließen. Angehört wurden beispielsweise schon Mitarbeitende von Betroffenenorganisationen, Vertreter unterschiedlicher Religionen, Schüler-, Eltern- und LehrerInnenverbände.

Tatsächlich ist das Vorgehen der Kommission bisher recht wissenschaftlich: Neben den Anhörungen werden Problemfelder abgesteckt, Kenntnis über Forschungsergebnisse zum Thema erlangt und Arbeitsdefinitionen festgelegt. Diese Schritte würden wir auch in der Forschung gehen.

Mein Eindruck ist, dass fast alle Kommissionsmitglieder an einer sachlichen Auseinandersetzung interessiert sind. Übrigens ist die Enquetekommission ja auch personell bereits recht wissenschaftlich aufgestellt: Sie besteht einerseits aus Abgeordneten, die oft schon länger das Themenfeld bearbeiten. Und gleichberechtigt aus Experten, die zum Großteil aus der Forschung kommen. Die Abgeordneten werden zudem durch wissenschaftliches Fachpersonal unterstützt.

Allerdings möchte ich auch sagen, dass durchaus die Gefahr besteht, dass parteipolitische Agitation und gegenseitige Anschuldigungen ein gutes Ergebnis gefährden.

Das Thema „Rassismus und Diskriminierung“ wird aktuell von Vielen als brisant, bedrohlich oder ärgerlich wahrgenommen und genießt daher große öffentliche Aufmerksamkeit.

In dieser Kommission sitzen auch Vertreter der AfD, der selbst immer wieder Rassismus und mindestens Rechtspopulismus vorgeworfen wird. Wie muss man sich die gemeinsame Arbeit vorstellen?

Das ist in der Tat ein Thema für sich. Die AfD und ihr Sachverständiger, der auch Parteimitglied ist, sagt nicht viel. Dennoch wird in einigen Momenten sehr klar, dass die AfD mit Menschen- und Bürgerrechten, etwa der Religionsfreiheit, wenig anfangen kann. Hier in der Enquete wird immer wieder deutlich, dass sie sich nach einer regressiven Utopie sehnen, in der es ein ethnisch homogenes Volk gibt.

Das ist weder eine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern, da wir „das Volk“ gerade nicht als „Einheit und einheitlich“ begreifen, sondern innergesellschaftliche, z.B. soziale, Konflikte und Gegensätze, gesellschaftliche Bruchlinien, Machtstrukturen etc. analysieren.

Das ist auch keine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit in einer pluralen Gesellschaft. Nicht in einer Kommission, in der es Mitglieder muslimischen Glaubens gibt. Und damit insgesamt nicht für die Zusammenarbeit in unserer demokratischen Gesellschaft.

Dank des Thüringen-Monitors wissen die Landespolitiker seit 2000 über die politische Kultur und das gesellschaftliche Klima im Freistaat Bescheid. Infolgedessen wurde das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus eingeführt. Wenn die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt hat – welche Erwartungen haben Sie an die Konsequenzen?

Zunächst erwarte ich, dass die Empfehlungen der Enquete sich normativ an den Menschenrechten, an Demokratie und dem Grundgesetz orientieren.

Ich verstehe meine Aufgabe als wissenschaftliche Expertin darin, eine sachliche Diskussion, die sich durch Fakten und Perspektivenvielfalt auszeichnet, zu unterstützen, indem ich Erkenntnisse aus der Forschung, auch aus verschiedenen Fachdisziplinen, einbringe.

Und natürlich habe ich die Hoffnung, dass die viele Zeit, Arbeit und Kompetenz, die in die Enquetekommission einfließt, am Ende auch zu einer verbesserten Praxis führt.

DOPPELHAUSHALT 18/19 IST „INVESTITIONSHAUSHALT“

Balance zwischen Investition und Tilgung

Kaum ein Bereich profitiert nicht von dem Doppelhaushalt 2018/19, der im Januar-Plenum von der rot-rot-grünen Regierung mehrheitlich beschlossen wurde. Es sei ein „Investitionshaushalt“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Werner Pidde**. Und das, obwohl deutlich mehr Rückstände getilgt werden, als zuvor: Die Koalition hat die vorgesehene Schuldentilgung von rund 59 Millionen Euro auf mehr als 113 Millionen Euro erhöht – ohne dabei neue Schulden aufzunehmen. Der Dreiklang „investieren, vorsorgen und tilgen“ präge die Finanzpolitik der Legislaturperiode, so Finanzministerin Heike Taubert, die den Haushalt und 225 Änderungsanträge von Rot-Rot-Grün vorgelegt hat. Insgesamt werden pro Jahr rund 10,7 Milliarden Euro investiert.

„Der Haushalt gestaltet Zukunft, ohne Zukunft zu verbauen. Ich bin sehr froh, dass mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes nun auch alle, die von dem Geld aus diesem Landeshaushalt abhängig sind, Planungssicherheit haben - von nachgeordneten Behörden bis hin zu den Kommunen und zum kleinsten Frauenhaus“, fasst der Fraktionsvorsitzende Matthias Hey zusammen.

Die Schwerpunkte im rot-rot-grünen Doppelhaushalt finden Sie auf unserer Homepage unter **https://landeshaushalt.spd-thl.de**

DANK „QUOTE“: MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPOSITIONEN

Die Einführung einer Frauenquote in Führungspositionen beherrscht immer wieder die politischen und öffentlichen Debatten. In Thüringen liegt der Anteil von Frauen in Leitungspositionen abermals über dem Bundesdurchschnitt. Das hat die Landesarbeitsagentur mit Sitz in Halle nun bekannt gegeben. So sind im Freistaat 32,4 Prozent der höheren Positionen durch Frauen besetzt, das entspricht 13 500 Frauen. Bundesweit liegt dieser Anteil bei 26,6 Prozent.

Ein Ergebnis, das auch die Sprecherin für Gleichstellung der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag Diana Lehmann begrüßt: „Die Entwicklungen zeigen, dass sich die beruflichen Chancen von Frauen stetig bessern. Dafür spricht auch das maßgeblich von der SPD auf den Weg gebrachte Frauenförderprogramm für den Öffentlichen Dienst, der hier ganz klar eine Vorbildwirkung einnehmen sollte. Damit können wir den Anteil von Frauen in Leitungspositionen noch weiter erhöhen.“

Bereits im Koalitionsvertrag formulierte die rot-rot-grüne Landesregierung, dass der Generationswechsel im öffentlichen Dienst genutzt werde, den Anteil von Frauen insbesondere in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.

FAQ zur Gemeindegebietsreform

Wenngleich immer wieder das „Scheitern“ der Gebietsreform postuliert wird, ist das Vorhaben Thüringer Verwaltungs-, Landkreis- und Gemeindestrukturen leistungsfähiger und zukunftsorientiert zu gestalten für die SPD-Fraktion nicht fehlgeschlagen. Insbesondere die Möglichkeit der Gemeinden, sich freiwillig zusammenzuschließen und so moderne Strukturen anzunehmen besteht nach wie vor. Die wichtigsten Fragen und Antworten dazu, haben wir hier für Sie zusammengefasst.

Bis wann müssen Gemeinden einen Antrag auf freiwillige Neugliederung stellen?
Gemeinden, die sich mit Wirkung zum 1. Januar 2019 neugliedern wollen, haben bis zum 31. März 2018 Zeit einen Antrag zu stellen. Dazu sind übereinstimmende Beschlüsse der an der Neugliederung beteiligten Gemeinde notwendig. Der Antrag ist auf dem Dienstweg an das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales zu richten.

Wie werden freiwillige Gemeindezusammenschlüsse durch das Land gefördert?
Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Thüringer Gemeinden wird die finanzielle Förderung im Vergleich zum Vorschaltgesetz erhöht. Die Fusionsprämien wurden von 100 auf 200 Euro pro Einwohner und der Höchstbetrag auf 2 Millionen Euro pro Gemeindezusammenschluss verdoppelt. Gemeinden, die in den Jahren 2012 bis 2015 Haushaltsfehlbeträge hatten, können zudem Strukturbegleithilfen von bis zu vier Millionen Euro erhalten. Gemeinden, mit einer Verschuldung von über 1.400 Euro pro Einwohner, erhalten zusätzlich eine Teilentschuldung. Das Gesetz wird in Kürze vom Landtag verabschiedet. Die Finanzierung ist mit dem Beschluss des Landeshaushaltes 18/19 bereits gesichert.

Welche Gemeindemodelle sind möglich?
Finanziell gefördert wird nur die Bildung von Landgemeinden und sogenannten Einheitsgemeinden. Die im Vorschaltgesetz enthaltene Große Landgemeinde und die zwischenzeitlich diskutierte Verbandsgemeinde werden nicht eingeführt. Zusammenschlüsse sind außerdem auch über Kreisgrenzen hinweg möglich. Die bisherige Zustimmungspflicht beim Austritt einzelner Gemeinden aus einer Verwaltungsgemeinschaft entfällt.

Welche Kriterien müssen die Gemeindezusammenschlüsse erfüllen?
Die neuen Strukturen müssen den Leitbildvorgaben entsprechen. Demnach müssen die neuen Gemeinden eine Mindesteinwohnerzahl von 6.000 (bezogen auf Bevölkerungsprognose 2035) aufweisen und die Funktion eines zentralen Ortes (Grund-, Mittel- oder Oberzentrum) erfüllen können. Außerdem sind Abwehrfusionen zu Lasten anderer zentraler Orte unzulässig.

HOCHSCHULPOLITIK: GANZHEITLICH, DEMOKRATISCH UND DIGITAL GEDACHT

Der Austausch über die politischen Schwerpunkte der Arbeitsgruppen stand zur diesjährigen Winterklausur der SPD-Fraktion vom 30. bis 31. Januar in Eyba wieder auf dem Plan. Zuvor besuchte die Fraktion das Schloss Schwarzburg und besichtigte die im Frühjahr öffnende prunkvolle Ausstellung im Zeughaus des Schlosses.

Neben den Vorhaben zum Thüringer Paritégesetz und zu Änderungen der Thüringer Kommunalordnung, wurden unter anderem bildungspolitische, sozialpolitische und umweltpolitische Themen besprochen. Für längeren Gesprächsbedarf sorgte das Azubi-Ticket, ein zentraler Punkt im Koalitionsvertrag, der aus Sicht der SPD-Fraktion unbedingt noch abzuarbeiten ist. Letztendlich einigten sich die Abgeordneten auf ein Gespräch mit der zuständigen Ministerin, um das Projekt nochmals voranzutreiben.

Zentrales Thema der Klausur war allerdings die Hochschulpolitik. Bundesmittel aus dem Hochschulpakt sowie sogenannte Entflechtungsmittel, die der Bund an die Länder für Hochschulbau und Sanierungsmaßnahmen bislang zahlt, laufen aus. Dem gegenüber steht ein wachsender Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Ideen, Innovationen und Produkte werden in rasanter Geschwindigkeit entwickelt und verlangen eine neue Flexibilität in der Wissenschaft.

Impulse für eine Weiterentwicklung kamen von dem Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Wolfgang Tiefensee und der hochschulpolitische Sprecherin Eleonore Mühlbauer. Neben einer dauerhaften Finanzierungssicherheit wird auch die Sicherung von guten Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb und mehr Mitbestimmung für wissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende in den Hochschulgremien angestrebt. Außerdem soll der Bund für den Hochschulbau und Investitionen in die IT-Struktur 1,6 Milliarden Euro bereitstellen.

„In Sachen Demokratisierung hat die Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes bereits ordentlich vorgelegt", so die hochschulpolitische Sprecherin Mühlbauer. „Aber auch für die Arbeitsbedingungen der Lehrenden soll es Verbesserungen geben, damit die Beschäftigung an Thüringer Hochschulen attraktiver wird. Außerdem werden wir uns als SPD-Fraktion für eine bessere Bezahlung aller an Hochschulen tätigen Wissenschaftler, Mitarbeiter, studentischen Assistenten und der Lehrbeauftragten einsetzen."

„ICH RATE ZUR SELBSTVERTEIDIGUNG"

Interview mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz Dr. Lutz Hasse

Dr. Lutz Hasse ist am 24. Januar von der Mehrheit des Thüringer Landtages erneut zum Thüringer Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gewählt worden.

Weshalb braucht der Freistaat einen Landesdatenschützer?
Um mehrere Grundrechte zu schützen. Das der informationellen Selbstbestimmung, das der Integrität und Vertraulichkeit technischer Systeme und das der Informationsfreiheit.
Welcher ist der größte Irrglaube beim Thema Datenschutz?
Die Behörden, Unternehmen und die Bevölkerung glauben zu wissen, was mit ihren Daten passiert. Doch meist ist das nicht so. Wenn man beispielsweise mit der Oberfläche eines Smartphones gut umgehen kann, heißt das nicht, dass man auch weiß, was im Hintergrund mit den Daten passiert. Und es passiert eine Menge.

Wie kann man seine Privatsphäre schützen?
Ich rate den Bürgerinnen und Bürgern zu einer Art Selbstverteidigung. Dazu haben wir auch eine kleine Broschüre entwickelt, in der beschrieben wird, wie man seine Privatsphäre auf dem Handy und dem PC schützen kann.

Welche Aufgaben warten in Ihrer neuen Amtszeit auf Sie?
Die neue Europäische Datenschutzgrundverordnung ist bereits in Kraft, entfaltet ihre Wirkung aber erst am 25. Mai. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist es, die Behörden und Unternehmen jetzt schon auf die neue Rechtslage vorzubereiten.
Ich widme mich auch intensiv dem Thema Medienkompetenz, das ich an den Schulen und Hochschulen stärker etablieren möchte. Es reicht nicht, wenn die Schulen allein über die Bedienung von Smartphone und PC informieren. Sie müssen auch darauf hinweisen, wie Schülerinnen und Schüler ihre Privatsphäre schützen können. Wir haben deshalb bereits den Kontakt zur Kultusministerkonferenz hergestellt.

Das vollständige Interview finden Sie unter **http://bit.do/hasse**

DAGMAR BECKER UND BIRGIT PELKE AUF DER GRÜNEN WOCHE IN BERLIN

Ob Spirituosen, Eis, Senf, Backwerk oder Wurst- und Fleischwaren – Thüringen ist ein Genussland. Und auch bei den Themen Freizeit und Touristik, Garten- und Hausbedarf sowie Tierpflege und Gesundheit hat der Freistaat einiges zu bieten. Die neuesten Trends und Produkte präsentierten zahlreiche Aussteller auf der diesjährigen Internationalen Grünen Woche in Berlin. Die Landwirtschaftspolitikerin und parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Dagmar Becker und die Fraktionsvize Birgit Pelke kamen bei ihrem Besuch mit den regionalen Ausstellern ins Gespräch. Auf demFoto (v.l.): Birgit Pelke, Birgit Keller (Linke), Dagmar Becker, Babett Pfefferlein (Grüne) und Egon Primas (CDU)

IMPRESSUM | Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt; Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17; Internet: www.spd-thl.de; V.i.S.d.P.: Dagmar Becker, Parlamentarische Geschäftsführerin; Redaktionsschluss: 14.02.2018